

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 65 (1973)
Heft: 6

Artikel: Politik und Wirtschaft
Autor: Jucker, Waldemar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354605>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

eine Vermenschlichung der Wirtschaft erkämpfen können. Mitbestimmung und Reichtumssteuer, aber auch die Schaffung besserer gewerkschaftlicher Gegengewichte zur Macht der multinationalen Konzerne haben dieses Ziel: Der Arbeitnehmer soll sich weniger ohnmächtig, weniger ausgeliefert, weniger entfremdet, er soll sich mehr als Mensch fühlen können. Das ist es, was wir als Arbeitnehmer meinen, wenn wir eine Verbesserung der individuellen und gesellschaftlichen Lebensqualität fordern.

Wir sehen als Ziel vor uns eine dynamische, der Ethik menschlicher Selbstverwirklichung verpflichtete Gesellschaft. Eine solche Gesellschaft kann keine Gesellschaft von Mitläufern sein; sie ist auf die Ideen und Taten und die Solidarität aller angewiesen, die an ihr partizipieren.

Politik und Wirtschaft

Waldemar Jucker

Weder Staat noch Markt sind Selbstzwecke. Beide sind Mittel, um den von ihnen versorgten Menschen jene optimalen Lebensverhältnisse zu bieten, die mit dem verfügbaren Produktionspotential realisierbar sind. Von diesem pragmatisch orientierten Ausgangspunkt her gesehen, ist es kaum möglich, eine feststehende Trennungslinie zwischen Staat und privater Wirtschaft zu ziehen. Es sind höchstens temporäre Grenzziehungen möglich, die sich aber weniger aus dogmatischen Ueberlegungen ableiten lassen als von den gesellschaftlich vorgegebenen Zielsetzungen her. Selbst wenn derartige Zielsetzungen oft dogmatisch formuliert zu sein scheinen, sind sie in der Regel doch Reaktionen auf bestehende Situationen, die als krass unteroptimal erkannt oder empfunden werden, d. h. es wird angenommen, eine einfache Extrapolation bestehender Entwicklungslinien sei sinnlos oder führe zu noch weniger erträglichen Verhältnissen. Derartige Trendkorrekturen können sich sowohl gegen bestimmte Ergebnisse der Marktwirtschaft wie gegen Entwicklungen des staatlichen Sektors richten, aber auch gegen Erscheinungen, die von beiden Sektoren gemeinsam verantwortet werden müssen.

Die praktischen Schwierigkeiten bei Trendkorrekturen rühren meist weniger daher, dass man sich über die Identifikation unerwünschter Verhältnisse nicht einigen könnte. In der Negativbeurtei-

lung findet man sich meist relativ rasch, weniger hingegen über die neu anzusteuernenden Zielsetzungen und die Mittel zur Zielverwirklichung.

Trotz der Schwierigkeit der Zielbestimmung wird es wahrscheinlich vermehrt notwendig sein, sich der Mühe der Zielformulierung zu unterziehen, um nicht schlussendlich in der berüchtigten Planwirtschaft ohne Plan und einer Marktwirtschaft zu landen, die nur noch gewinnorientiert ist und die die Tuchfühlung mit der Bedürfnisbefriedigung über weite Strecken verloren hat.

Soziale Indikatoren

Um die Gebiete der Unterversorgung besser lokalisieren zu können, sind insbesondere von japanischen Ökonomen in Ergänzung der nationalen Buchhaltung soziale Indikatorenreihen ausgearbeitet worden, um die Entwicklung des individuellen und sozialen Lebensstandards besser erfassen und anhand nicht-monetärer Kennziffern beurteilen zu können. Diese neuartigen Methoden haben bereits seit 1967 die langfristige Wirtschaftsplanung Japans beeinflusst, d. h. eines Landes, das besonderes Geschick entwickelt hat, dem privaten Sektor Zielsetzungen vorzugeben, die über eine indikative Planung hinausgehen.

Sowohl die japanischen Untersuchungen wie ähnliche Versuche, die für die BRD angestellt wurden, haben eine gleichartige Grundtendenz zutage gefördert. Trotz der Anlaufschwierigkeiten der neuen Analysetechnik kann diesen Aussagen wohl kaum eine gewisse Aussagekraft bestritten werden. Das Wachstum des Bruttosozialprodukts überschätzt die Verbesserungen des individuellen und sozialen Lebensstandards. Die Elastizität zwischen beiden Messreihen zeigt eine deutliche Tendenz zur Abschwächung. Die gegenwärtige institutionelle Konstellation scheint daher, wenn man die optimale Bedürfnisbefriedigung als Zielsetzung anerkennt, an Effizienz zu verlieren. Dieser Vorwurf trifft nicht nur etwa den privatwirtschaftlichen Sektor, sie schliesst den öffentlichen Sektor und gewisse «Verbund»-Sektoren mit ein. Sie deuten darauf hin, dass als Zieldaten nicht nur die Höhe des Bruttosozialprodukts, sondern auch dessen Zusammensetzung einbezogen werden sollten, einschliesslich der Einkommensschichtung.

Wohnungsbau

Ein Gebiet der Unterversorgung ist auch heute noch mit grösster Wahrscheinlichkeit die Wohnungsversorgung der unteren und eines Teils der mittleren Einkommensgruppen. Die Versorgung befriedigt quantitativ nicht, der Wohnraum pro Kopf ist zu gering und er befriedigt oft qualitativ nicht. Oft sind sowohl die negativen Umge-

bungseinflüsse wie Lärm, zu grosse Ueberbauungsdichte, zu stark und gleichzeitig auch die technisch möglichen Abschirmungsmassnahmen ungenügend. Wirtschaftlich gesehen könnte man noch beifügen, dass entweder die Preise für Neubauten zu hoch oder die unteren Einkommen zu tief sind.

An dieser Unterversorgung sind der private wie der öffentliche Sektor mitbeteiligt. Nach der gegenwärtig vorherrschenden Meinung erschliesst der Staat und die Privatwirtschaft überbaut – im Rahmen einer staatlichen Bauordnung. Ich glaube nicht, dass im Rahmen dieser Arbeitsteilung eine angemessene Versorgung möglich ist. Es sind auch so noch die Bodeneigentümer, die über die Preisklassen der Neubauten entscheiden. Aus Gründen der Werterhaltung oder Wertsteigerung orientieren sie sich am Bedarf der besser situierten Einkommensgruppen. Erst wenn die öffentliche Hand auch einen genügenden Anteil am Bodeneigentum hat, kann sie durch eine Kombination von öffentlichem Planungsrecht und Eigentumsrecht die Bauwirtschaft zu einer besseren Bedarfsorientierung zwingen. Die Bauwirtschaft wird weniger selbstherrlich entscheiden können, was gebaut wird, und wird mehr in die ausführende Rolle zurückgedrängt.

Wir können den Bausektor stellvertretend für eine Reihe von Gebieten ansehen, in denen es wahrscheinlich zu einer Art sozialen Programmierung kommen dürfte, d. h. die öffentliche Hand Ziele setzt, als Helfer zur Zielverwirklichung sich aber auf private Unternehmen stützt, die in gegenseitigem Wettbewerb stehen.

Mitbestimmung

Wir alle wissen, dass wir uns in einer Periode relativ rascher Strukturwandlungen befinden. Nachdem zuerst in der Landwirtschaft ein beschäftigungsmässiger Rückbildungsprozess einsetzte, hat dieser nun den industriellen Sektor erreicht. Das Schwergewicht der Expansion geht auf den Dienstleistungssektor über, wobei sich aber auch dort in manchen Zweigen ein deutlicher Konzentrationsprozess durchsetzt. Es kommt nicht einfach zu einer Expansion im Rahmen bestehender Strukturen.

Die Beschleunigung der Strukturverschiebung lässt eine wachsende Zahl von Menschen ihre «Unterversorgung» mit Verantwortung in bedrückender Art empfinden. Sie möchten besser verstehen, was vor sich geht, sie möchten mitentscheiden können über jene unternehmensstrategischen Entscheide, welche die Zukunft des Unternehmens und ihrer eigenen Person in wesentlichem Umfang bestimmen. Ich glaube, ein erheblicher Prozentsatz auch der Unternehmer begreift mindestens im stillen Kämmerlein, dass unter den Arbeitnehmern eine Negativreaktion gegen die «Unterversorgung mit Verantwortung», gegen den Mangel an Mitentscheidungsrechten oder an

Selbstverantwortung für das wirtschaftliche Schicksal der eigenen Person vorhanden ist – wie immer auch man diesen Zustand benennen will. Trotzdem sie diesen Gesichtspunkt vielleicht verstehen können, haben viele von ihnen eine derartige Angst vor einer Aenderung der innerbetrieblichen Entscheidungsstrukturen, dass sie sich eine Beseitigung dieser Unterversorgung ausser in homöopathischen Dosen nur schwer vorstellen können.

Hier liegt ziemlich sicher ein entscheidender Punkt für das Ausmass zukünftiger Staatsinterventionen. Kommt es zu einer Mitbestimmung, die ein situationsgerechtes Ausmass hat, d. h. sowohl die unternehmensstrategischen Entscheide wie eine Einflussnahme auf die persönliche Arbeitssphäre einschliesst, so dürften in der Wirtschaft selbst Problementscheidungsverfahren geschaffen werden können, die das Quantum zukünftiger staatlicher Eingriffe verringern. Diese Optionsmöglichkeit zwischen zwei Arten der Trendkorrektur wird von vielen Arbeitgebern oder Managern heute kaum gesehen. Sie sind zwar beunruhigt über die sogenannte Industrie-feindlichkeit, ohne dass es ihnen klar geworden wäre, dass es sich nicht um eine Auflehnung gegen bestimmte Wirtschaftszweige, sondern gegen veraltete Formen von Entscheidungsprozessen handelt, die sich zwar in der Industrie herausgebildet haben, die aber längst nicht mehr auf die Industrie allein beschränkt sind.

Die sogenannte Wirtschaft hat zu lange übersehen, dass sie nicht nur Güter und Dienstleistungen, sondern auch Entscheidungsstrukturen produziert hat, die zunehmend als unbefriedigend empfunden werden. Sie wird es sich wohl gefallen lassen müssen, dass nicht nur die Leistungen, die sie an Dritte erbringt sowie deren Preise vermehrt der Kritik standhalten müssen, sondern auch die Entscheidungs- und Arbeitsprozesse innerhalb der Unternehmungen. Früher wahrscheinlich mehr als heute hat die Wirtschaft oft von der «verantwortungslosen Masse» gesprochen. Heute wirft sie derselben Bevölkerungsschicht, die sie zwar gerne als Konsumenten umwirbt, gewissermassen vor, dass sie zu sehr nach Verantwortung und Mitverantwortung strebe. Schon allein dieser Wechsel im Vokabular zeigt, dass offenbar die Verantwortung im Laufe der Zeit zu einem erstrebenswerten Gut geworden ist.

Inflationsbekämpfung

Um nicht den Eindruck zu hinterlassen, im gewerkschaftlichen Lager hege man einen unbegrenzten Glauben an die «Machbarkeit» aller Dinge, noch ein paar Bemerkungen zur Inflationsbekämpfung. Sie gehört ja scheinbar zu den treuen Begleitern aller hochentwickelten Wirtschaftssysteme.

Auch die schweizerische Industrie hat seit einiger Zeit gewusst, dass der Liquiditätsimport zu weit ging.

Als das interne Preisniveau und damit ihre eigenen Kosten stärker in Bewegung gerieten, hat sie an der Inflationsbekämpfung Interesse zu zeigen begonnen. Sie tat dies in einer kaum situationsgerechten Art; sie war wohl in ihrer Mehrheit sowohl gegen eine Aufwertung und noch stärker gegen ein Floating. Da, wo es ihren Interessen zu dienen schien, war sie durchaus für dirigistische Eingriffe zu haben, Kreditbeschluss, Baubeschluss – aber nicht für Massnahmen, die über eine «kleine Therapie» hinausgingen. Der Erfolg ist überwältigend – heute floaten wir und haben zugleich ein Volumen an Staatsinterventionen, das nahezu einen Rekord für Friedenszeiten darstellt. Trotzdem besteht bei einigen Industriellen unverkennbar ein Drang zu noch mehr Staatsinterventionen. Der Appetit der neuen Konvertiten zum Dirigismus scheint noch nicht voll befriedigt zu sein.

Ich glaube, langsam wird es Zeit, darauf hinzuweisen, dass der strategische Entscheid auf dem Gebiet der Währungspolitik gefallen ist, dass ein Aufpfropfen von immer noch mehr Eingriffen auf die bereits getroffenen Massnahmen ziemlich rasch mehr Schaden als Nutzen zu stiften droht. Die Zahl der dringlichen Bundesbeschlüsse ist nachgerade so gross geworden, dass die Durchführbarkeit allmählich problematisch wird, um so mehr als klare quantitative wie qualitative Zielsetzungen über weite Strecken fehlen. Die relativ langen Bremswege wirtschaftspolitischer Massnahmen drohen eine Art psychologischen Notstand zu schaffen. Manche Politiker glauben aus optischen Gründen Massnahme über Massnahme treffen zu müssen, trotzdem deren Durchführbarkeit immer fragwürdiger wird. Auf die Dauer gesehen ist es aber wohl ehrlicher wie auch für die Glaubwürdigkeit des Staates besser, die Inflationsbekämpfung nicht als eine Art politischen Showgeschäfts zu betreiben, sondern offen auf die Grenzen des Machbaren hinzuweisen. Dies ist um so eher zu verantworten als der wohl wichtigste strategische Entscheid im Währungssektor mit jener Härte getroffen wurde, die notwendig war.